

Strauch, Rolf R.

Working Paper

Die Bewertung der 'dauerhaft tragbaren Finanzlage' der EU Mitgliedstaaten beim Übergang zur dritten Stufe der EWWU

ZEI Working Paper, No. B 11A-1998

Provided in Cooperation with:

ZEI - Center for European Integration Studies, University of Bonn

Suggested Citation: Strauch, Rolf R. (1998) : Die Bewertung der 'dauerhaft tragbaren Finanzlage' der EU Mitgliedstaaten beim Übergang zur dritten Stufe der EWWU, ZEI Working Paper, No. B 11A-1998, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/39505>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Rolf Strauch

**Die Bewertung der
"dauerhaft tragbaren
öffentlichen Finanzlage" der
EU Mitgliedstaaten beim
Übergang zur dritten Stufe
der EWWU**

Working Paper

**B98-11A
1998**

DIE BEWERTUNG DER "DAUERHAFT TRAGBAREN ÖFFENTLICHEN FINANZLAGE" DER EU MITGLIEDSTAATEN BEIM ÜBERGANG ZUR DRITTEN STUFE DER EWWU

Rolf Strauch
ZEI, University of Bonn

September 1998

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Walter Flex Str. 3
53113 Bonn
E-mail: strauch@united.econ.uni-bonn.de

Zusammenfassung

Die "dauerhaft tragfähige Finanzlage" der Mitgliedstaaten ist eine zentrale Voraussetzung für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Der Vertrag von Maastricht gibt jedoch nur unzureichende Bewertungsmaßstäbe an die Hand, wenn Mitgliedstaaten die Referenzwerte für die öffentlichen Defizite und Schuldenstände überschreiten. Ebenso wenig findet die Europäische Kommission in ihrem Konvergenzbericht ein adäquates analytisches Instrument, um die Nachhaltigkeit der sehr kurzen Konsolidierungsanstrengungen in den Mitgliedstaaten zu erfassen. Die Arbeit stellt ein Konzept einer auf Dauer tragfähigen Finanzlage vor, anhand dessen überprüft werden kann, ob eine Regierung nach dem Auftreten eines übermäßigen Defizits die Kontrolle über die öffentlichen Finanzen wiedergewonnen hat. Ausschlaggebend ist, ob die Regierung die fiskalpolitischen und institutionellen Ursachen für die Verschlechterung der Finanzlage konsequent beseitigt. Dieses Konzept wird in Form eines mehrstufigen Bewertungsschemas operationalisiert und auf die EU-Mitgliedstaaten angewandt. Die Ergebnisse der Bewertung unterscheiden sich markant von den Empfehlungen der Europäischen Kommission.

I) EINLEITUNG

Europa tritt mit dem Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) in eine neue Phase wirtschaftlicher und politischer Zusammengehörigkeit ein. Fiskalpolitische Stabilität war von Beginn an ein zentrales Element dieses Integrationsprozesses, wie er im Vertrag von Maastricht besiegelt wurde. Die Ansicht, daß eine disziplinierte Haushaltsführung der Mitgliedsstaaten notwendige Voraussetzung für eine einheitliche Geldpolitik und den dauerhaften Zusammenhalt der Währungsunion ist, zieht sich vom Delors Bericht (1989) über den Vertrag von Maastricht selbst bis hin zum Wachstums- und Stabilitätspakt von 1997. Art 109j des Vertrages legt eine Reihe von Konvergenzkriterien fest, anhand derer die Voraussetzungen für die Einführung einer gemeinsamen Währung zu überprüfen sind. Die fiskalpolitische Komponente hat aber sowohl unter Politikern als auch in den Augen der breiten Öffentlichkeit die meiste Beachtung gefunden. Die auf Dauer tragbare öffentliche Finanzlage, die Art. 109j vorschreibt, wurde zu dem politischen "Stolperstein" für die Beitrittsoption der Mitgliedsstaaten.

Wie kann man die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bewerten? Und, zu welchen Schlußfolgerungen führt die Evaluierung der Finanzlage für die Einführung einer Währungsunion? Diese beiden zentralen Fragen leiten die weitere Analyse. Art. 104c Abs. 6 des Vertrags von Maastricht gibt eine eindeutige Antwort auf die erste Frage. Grundsätzlich wird nach dem Vertrag die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen attestiert, wenn ein Staat den Grenzwert von drei Prozent des BIP für das Defizit und 60 Prozent des BIP für den Schuldenstand nicht überschreitet. Diese Kriterien sind zwar eindeutig, aber auch unzulänglich sobald ein Staat die Referenzwerte verletzt und ein "übermäßiges Defizit" aufweist. In diesem Fall gibt der Vertrag von Maastricht kein Kriterium mehr an die Hand, das klären würde, ob ein Land adäquate Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen hat.

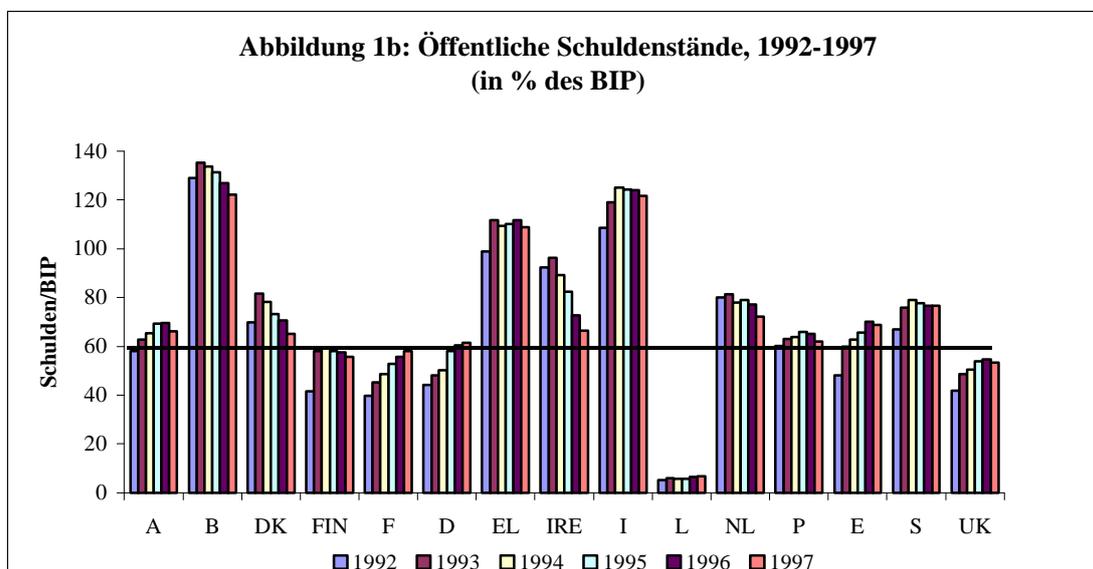
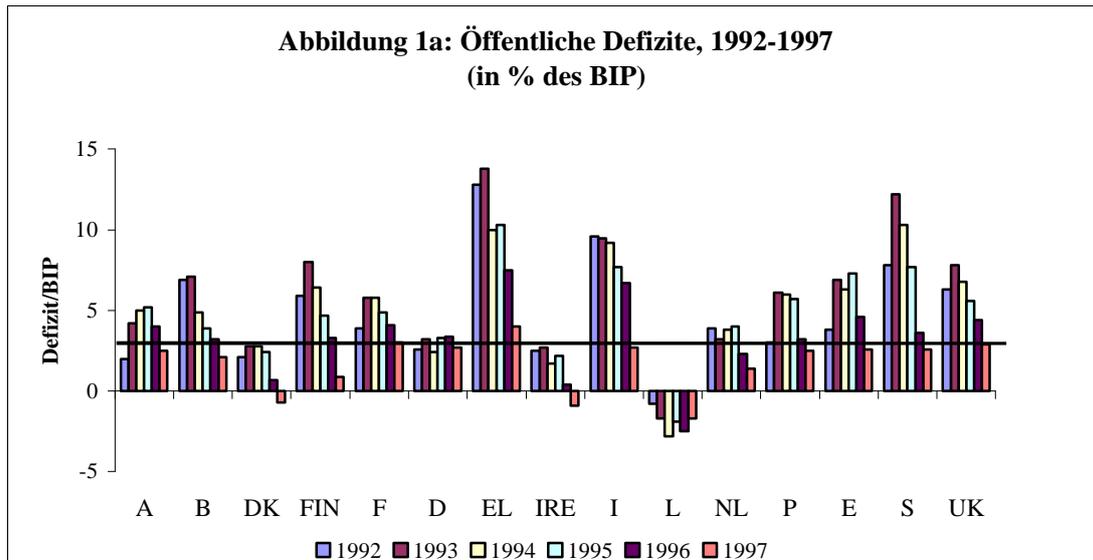
Perotti, von Hagen und Strauch (1998) schlagen deshalb ein alternatives Evaluierungsschema vor, bei dem sie sich auf den Prozeß der Wiedergewinnung einer auf Dauer tragbaren Finanzlage konzentrieren. Zwei Erkenntnisse bilden den Ausgangspunkt ihrer Bewertung: Erstens, damit eine Konsolidierung nachhaltigen Erfolg verspricht, muß sie die Ursache fiskalpolitischer Fehlentwicklungen "an der Wurzel packen". Die Verbesserung des Defizits alleine reicht nicht aus, um von einer Wiedererlangung der Kontrolle über die öffentlichen Finanzen auszugehen. Vielmehr muß die Konsolidierung auf der Veränderung der Ursachen des vorherigen Defizitanstiegs beruhen. Zweitens, viele fiskalpolitischen Fehlentwicklungen beruhen auf Schwächen des institutionellen Systems, in dem fiskalpolitische Entscheidungen getroffen werden, insbesondere des Budgetprozesses. Mit Hilfe dieser beiden Elemente lassen sich Konsolidierungsbemühungen in der Tat auf ihre Dauerhaftigkeit hin bewerten. Die Anwendung des Schemas auf die aktuelle fiskalpolitische Situation in den EU Mitgliedstaaten entwirft ein Bild, das markant von der Bewertung der Europäischen Kommission (EC) abweicht.

Die in Art 109j vorgeschriebenen Stellungnahmen der Kommission und des Währungsinstituts sind Gegenstand des folgenden Abschnitts. Ziel der Darstellung der Konvergenzberichte ist, die Grundlage für die Diskussion der Problematik ihrer Bewertung zu schaffen. Der zweite Abschnitt stellt die Grundlagen der Analyse von Perotti, von Hagen und Strauch (ibidem) sowie das von ihnen entwickelte alternative Bewertungsschema vor. Der dritte Teil evaluiert die verschiedenen EU Mitgliedsstaaten anhand des Schemas und erläutert beispielhaft die Situation Deutschlands, Frankreichs und Schwedens. Die Schlußfolgerungen aus der Analyse finden sich im letzten Abschnitt.

II) BEWERTUNG DER FISKALPOLITISCHEN SITUATION IN DEN KONVERGENZBERICHTEN

Vor dem Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion und der Einführung einer gemeinsamen Währung hatte nach Art. 109j des Vertrags von Maastricht der Rat festzustellen und zu beschließen, ob die einzelnen Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für den Beitritt zur Währungsunion erfüllen. Das EWI und die Kommission hatten die Aufgabe dem Rat einen Bericht zu dem Stand der entsprechenden, im Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien vorzulegen und, im Falle der Kommission, eine Empfehlung auszusprechen. In Bezug auf die öffentlichen Finanzen mußten die beiden Einrichtungen feststellen, ob ein übermäßiges Defizit im Sinne des Art 104c Abs.6 vorliegt. Der Vertrag und das Protokoll zum Verfahren bei einem übermäßigen Defizit legen fest, daß die Kommission zur Feststellung schwerwiegender Fehler bei den öffentlichen Finanzen darauf achten soll, ob die tatsächlichen und geplanten Defizite drei Prozent des BIP und der Schuldenstand 60 Prozent des BIP nicht überschreiten. Größere Werte führen jedoch nicht zur Feststellung eines übermäßigen Defizits, wenn der Schuldenstand erheblich und laufend zurückgegangen ist und das Defizitkriterium nur moderat und vorübergehend mißachtet wurde.

Zwei Aspekte sind besonders augenfällig, wenn man angesichts dieser vertraglichen Vorgaben die in Abbildung 1 dargestellten Entwicklungen in den Mitgliedstaaten betrachtet: Zum einen blieben lediglich Dänemark, Irland und Luxemburg dauerhaft unter dem 3-Prozent Grenzwert für das Defizit. In den übrigen Ländern stieg das Defizit nach 1992 mitunter sogar an und zeigte erst in den vergangenen zwei Jahren den Abwärtstrend, der zur Unterschreitung des Grenzwerts für das "Stichjahr" führte. Darüber hinaus liegt die Haushaltsbilanz insbesondere der "großen" Länder, sprich Deutschland, Frankreich und Italien, sowie einiger kleinerer Staaten nach wie vor nahe an der 3-Prozent-Hürde, obwohl nur Griechenland das Defizitkriterium nicht erfüllt.



Statistische Quelle: Europäische Kommission (1998c)

Zweitens ist in allen Ländern außer in Frankreich, Luxemburg, Finnland und dem Vereinigten Königreich der Schuldenstand größer als 60 Prozent. Ein laufender Rückgang der Schulden, wie ihn Art 104c bei Überschreitung des Grenzwertes vorschreibt, ist zumindest für Deutschland, Griechenland, Spanien, Österreich und Portugal nicht und für Italien und die Niederlande nur mit Einschränkungen zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen machen deutlich, weshalb der Rat in den Jahren 1994 bis 1997 immerhin für zehn Staaten ein übermäßiges Defizit festgestellt hat. Umgekehrt sind die Verbesserungen der öffentlichen Finanzlage, die die Kommission zu der Empfehlung veranlassen, die Entscheidung über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in neun Staaten aufzuheben, erst

seit Kurzem zu beobachten.¹ Somit gewinnt die Frage, wie dauerhaft die Konsolidierungsanstrengungen sind, besondere Bedeutung für die Bewertung der Länder und die Stabilität der EWWU. Die Kommission ist sich sehr wohl dieses Problems bewußt und begründet ihre positive Einschätzung der Dauerhaftigkeit der fiskalpolitischen Konsolidierungsbemühungen mit mehreren Argumenten.

Erstens argumentiert der Konvergenzbericht, daß die Länder die Unterschreitung des Defizitkriterium nicht nur aufgrund positiver konjunktureller Einflüsse erreicht haben. Vielmehr lagen die konjunkturbereinigten Defizite seit 1993 insgesamt unter den tatsächlichen Defiziten und die Zahlen für 1998 lassen eine ähnliche Schlußfolgerung zu. Zweitens rekurriert die Kommission auf die Bilanzprognosen, die die Mitgliedsstaaten in ihren Konvergenzberichten für das laufende Haushaltsjahr und den darauffolgenden Zeitraum bis ins Jahr 2000 benennen. Alle Staaten beabsichtigen, in diesem Zeitraum die 3-Prozentmarke nicht zu überschreiten und einige Länder prognostizieren sogar beträchtliche Überschüsse. Drittens verweist die Kommission auf Befunde der wissenschaftlichen Literatur, die besagen, daß Konsolidierungsanstrengungen dann besonders dauerhaft sind, wenn sie auf Haushaltskürzungen bei den primären, laufenden Ausgaben basieren. Tatsächlich kann man feststellen, daß in einigen Ländern ein Großteil der Anpassungsbemühungen in den vergangenen Jahren auf einer relativen Verringerung dieser Ausgaben gegenüber dem BIP beruht. (EC 1998b:141, Tab. 4.5). Viertens erkennt die Kommission, daß einige Staaten einmalige Maßnahmen zur Unterschreitung des Defizitgrenzwertes ergriffen haben. Sie argumentiert aber, daß "ihr Umfang im Vergleich zu den gesamten Konsolidierungsanstrengungen doch als gering betrachtet werden [kann]" (EC 1998b: 139).

In Bezug auf die Verschuldung prognostiziert die Kommission die Tragfähigkeit des eingeleiteten Trends, indem sie erstens den Einfluß von Bestandsanpassungen, sprich nicht durch das primäre Defizit verursachte Schuldenstandsveränderungen, betrachtet. Sie stellt fest, daß die Bestandsanpassungen in den vergangenen Jahren tendenziell zur Verringerung der Schuldenquote beigetragen haben, dieser Effekt aber geringfügig ist. Zweitens berechnet die Kommission, ob der tatsächlich erreichte Primärsaldo mit dem zur Stabilisierung des Schuldenstandes notwendigen übereinstimmt. Außer in Deutschland und Frankreich liegt der primäre Überschuß über der zur Stabilisierung notwendigen Bilanz. Darüber hinaus hätte er in den meisten Fällen auch unter Berücksichtigung der Bestandsanpassungen ausgereicht, um den Schuldenstand zu stabilisieren. Drittens berechnet die Kommission, wann der Schuldenstand unter bestimmten Annahmen und dem für 1999 vorausgeschätzten Primärdefizit auf das 60 Prozentniveau zurückgegangen sein wird. Für die meisten Länder, einschließlich Deutschlands liegt dieser Zeitpunkt nach dem Jahr 2000 und reicht für Italien sogar in das Jahr 2016.

¹ Siehe EC (1998a: 10-11)

Das EWI (1998) verfolgt ein ähnliches Analyseschema zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Es führt lediglich eine umfassendere Bewertung des Schuldenstandes durch, indem es in seinem Konvergenzbericht verschiedene Szenarien simuliert, bei denen entweder der Anpassungszeitraum oder das Primärdefizit die zentrale Prognosegröße darstellt. Der Unterschied zwischen dem Konvergenzbericht der Kommission und des Währungsinstituts liegt also weniger in der Methodik als vielmehr im Tenor der Beurteilung, der beim Währungsinstitut kritischer ausfällt.²

II) PROBLEMATIK DER BEWERTUNG

Die volkswirtschaftliche Vorstellung von einer auf Dauer tragfähigen Finanzlage ist vom theoretischen Konstrukt der intertemporalen Budgetbeschränkung bestimmt. Diesem Konzept zufolge dürfen die gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen der öffentlichen Hand die Gesamtheit der Einkünfte nicht übersteigen. Obwohl die theoretische Nützlichkeit dieses Konzeptes außer Frage steht, ist es für die praktische Entscheidungsfindung wenig hilfreich. Die Problematik des Konzeptes entsteht dadurch, daß die Berechnung der Budgetbeschränkung auf Vorhersagen des Wachstums und des Zinssatzes einer Ökonomie über einen unendlichen Zeithorizont beruht. Somit führen selbst kleine Differenzen bei der erwarteten Entwicklung des Zinssatzes und der Wachstumsrate zu sehr unterschiedlichen Schlußfolgerungen.

Genau dieses Problem kennzeichnet die Bewertung des Schuldenstandes in beiden Konvergenzberichten, die sich einer operationalisierten Version des intertemporalen Budgetbeschränkung bedienen. Hierbei nimmt die Kommission für ihre Berechnungen beispielsweise an, daß die Zinsen bei 6% bleiben und der für 1999 prognostizierte Wachstumstrend der Volkswirtschaft weiter anhält, um den Zeitraum festzulegen, in dem die Staaten in der Lage sein könnten ihre Verschuldung auf das Niveau des Referenzwertes zu reduzieren. Für Belgien und Italien würde dies einen Zeitraum von 14 beziehungsweise 19 Jahren in Anspruch nehmen. Die Tatsache, daß internationale Organisationen, wie die OECD und der IWF, für sich lediglich in Anspruch nehmen, Prognosen mit einer ausreichenden Vorhersagegenauigkeit über einen Zeitraum von zwei Jahren zu erstellen, unterstreicht die Problematik dieses Zeithorizonts. Deshalb stellen die Voraussagen in den Konvergenzberichten keine eigentlichen Prognosen dar. Sie dienen vielmehr zur plastischen Verdeutlichung der noch notwendigen Anpassungsmaßnahmen.³ In diesem Sinne beantworten sie also die Frage, ob unter bestimmten Voraussetzungen die bestehenden Konsolidierungsbemühungen ausreichen, um in einem gegebenen Zeitraum den Referenzwert zu erreichen, nicht aber welche

² Dasselbe gilt für die Stellungnahme des deutschen Zentralbankrates (Bundesbank 1998).

³ Der Zentralbankrat betont dies besonders in seiner Stellungnahme (Bundesbank 1998:34).

Erwartungen man tatsächlich an die Dauerhaftigkeit der Konsolidierungsbemühungen der vergangenen Jahre haben kann.

Das zweite Problem liegt in der Bewertung dieser Stabilisierungsbemühungen. Hier wird zunächst in den Konvergenzberichten einhellig festgestellt, daß man von einmaligen und kurzfristigen Maßnahmen, die einige Staaten zur Erreichung des 3-Prozent-Kriteriums getroffen haben, keinen nachhaltigen positiven Effekt erwarten kann. Darüber hinaus aber zu argumentieren, daß eine Reduzierung der primären Defizite durch eine Verminderung der Ausgaben ausreicht, um die Dauerhaftigkeit der fiskalpolitischen Veränderung annehmen zu können, ist wenig analytisch und nur bedingt aussagekräftig. Nimmt man beispielsweise einmal an, daß ein Land in den letzten zwei Jahren eine Stabilisierung durchgeführt hat und das Defizit durch Einfrieren der Löhne unter die 3-Prozent-Schranke gedrückt hat. In den fünf Jahren vor der Stabilisierung waren jedoch rasch anwachsende Transferleistungen an die privaten Haushalte für erheblich höhere Defizite verantwortlich. In diesem Fall sagt das 3-Prozent-Kriterium wenig über die Dauerhaftigkeit der Konsolidierung aus, da die Ursachen der überhöhten Ausgaben jederzeit wieder zu einem Verfall der Bilanz beitragen können.

III) GRUNDLAGEN EINES ALTERNATIVEN ANSATZES ZUR BEWERTUNG DER DAUERHAFTEN TRAGFÄHIGKEIT DER FINANZLAGE

Ein wichtiger Schritt zur Überwindung dieser Probleme und zur Entwicklung eines alternativen Ansatzes zeichnet sich bei einer erneuten Betrachtung der Rolle der Fiskalpolitik für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik in der EWWU ab. Die eigentliche Befürchtung von Zentralbanken und Finanzmärkten ist, daß nicht dauerhaft tragbare Haushaltsdefizite und mangelnde Kontrolle über die öffentlichen Ausgaben die Situation anderer Länder über den Kapitalmarkt beeinflusst und drakonische fiskalpolitische Einschnitte notwendig machen, die die Durchführung einer stabilen Geldpolitik erschweren. Aus der Sicht der Zentralbanken oder der Finanzmärkte ist der wesentliche Aspekt somit die Kontrollierbarkeit der öffentlichen Finanzen und nicht etwa ein konstanter Schuldenstand. Unter Kontrollierbarkeit wird das Risiko verstanden, daß eine Regierung sich angesichts negativer Schocks technisch oder politisch außer der Lage sieht, ein Anschwellen der Ausgaben und Defizite über das gesellschaftlich und ökonomisch vertretbare Maß hinaus zu verhindern, und deshalb drastische fiskalpolitische Einschnitte zu einem späteren Zeitpunkt unumgänglich werden.

Zwei Beispiele illustrieren diesen Punkt. Italien verzeichnete 1994 nicht nur ein hohes Defizit, sondern ließ auch keine klare Strategie erkennen, wie dieses verringert werden sollte. Daher wurde es als reale Möglichkeit erachtet, daß das Land seinen Schuldenzahlungen nicht mehr nachkommen könnte. 1998, nach drei Jahren rigider Haushaltspolitik, wird dies nicht mehr als ernsthafte Möglichkeit wahrgenommen, obwohl sich der Schuldenstand nur geringfügig verändert hat. Ein zweites Beispiel ist Deutschland. Seit der Wiedervereinigung hat die Bundesbank die Bundesregierung verschiedentlich gewarnt, daß sie sich zusehends von einem

fiskalpolitisch tragfähigen Pfad entferne. Die Grundlage hierfür war weniger der absolute Schuldenstand, der im europäischen Vergleich nach wie vor relativ niedrig ist. Vielmehr war es der Tatbestand, daß die Bundesregierung auf die Transformationsprobleme mit zunehmenden Transfers und Subventionen reagierte, der die Bundesbank besorgte.

Wie ist die Kontrollierbarkeit der öffentlichen Finanzlage nun zu operationalisieren, um sie für eine Bewertung der aktuellen Situation in EU Mitgliedstaaten brauchbar zu machen? Eine Folge der Verlagerung des Augenmerks auf die Kontrollierbarkeit der öffentlichen Finanzlage ist zunächst die stärkere Berücksichtigung der Stromgrößen, sprich des Defizits. Dem Schuldenstand fällt als Bestandsgröße damit nur eine sekundäre Rolle bei der Bewertung der fiskalpolitischen Tragfähigkeit zu. Er ist nur insoweit von Bedeutung als der Schuldenstand die Höhe der Zinszahlungen bestimmt.

Darüber hinaus lassen sich aus der neueren wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema verschiedene Befunde anführen, die bei der Bewertung fiskalpolitischer Entwicklungen zu berücksichtigen sind:⁴ Erstens, die Ursache für eine nicht dauerhaft tragfähige Entwicklung läßt sich in der Regel auf ein oder zwei kritische Bestandteile des öffentlichen Haushalts zurückführen, wie beispielsweise die Lohn- und Gehaltszahlungen oder die Sozialtransfers. Zweitens beruhen erfolgreiche Konsolidierungsperioden, also solche die zu einer dauerhaften Verminderung des Defizits und des Schuldenstandes geführt haben, auf einer signifikanten Veränderung der Haushaltsbestandteile, die die Ursache des übermäßigen Defizite bildeten.

Tabelle 1 verdeutlicht die beiden Argumente. In der Tabelle sind die fiskalpolitischen Entwicklungen in 20 OECD-Staaten vor und während ihrer Konsolidierungsperioden darstellt. Eine Konsolidierungsperiode ist definiert als ein Haushaltsjahr in dem das primäre strukturelle Defizit, gemessen als Anteil am BIP, um mehr als 1.5 Prozentpunkte zurückgeht. Die Konsolidierung wird als erfolgreich erachtet, wenn das Defizit in den zwei Jahren darauffolgenden Jahren nicht erneut ansteigt oder der Schuldenstand nach zwei Jahren um mindestens drei Prozentpunkte gefallen ist.

⁴ Siehe zur empirischen Evidenz und weiteren Literatur Perotti et al. (1998).

Tabelle 1: Die Struktur erfolgreicher und erfolgloser Konsolidierungsphasen

	erfolgreiche Konsolidierung		erfolglose Konsolidierung	
	vorher	während	vorher	während
Ausgaben	0.3 (0.7)	-1.2 (-6.9)	1.2 (2.5)	-0.4 (-2.0)
<i>Investitionen</i>	-0.3 (-1.7)	-0.3 (-4.5)	-0.1 (-1.4)	-0.3 (4.4)
<i>Transferleistungen</i>	0.6 (3.2)	-0.2 (-3.5)	1.0 (3.6)	0.1 (0.9)
<i>Regierungs-</i> <i>verbrauch</i>	0.1 (0.5)	-0.5 (-3.8)	0.2 (1.0)	-0.1 (-1.4)
<i>Personal</i>	0.1 (0.5)	-0.3 (-4.1)	0.0 (0.3)	-0.0 (-0.4)
<i>Sachleistungen</i>	0.0 (0.4)	-0.1 (-2.4)	0.1 (2.4)	-0.1 (-3.1)
<i>Subventionen</i>	-0.2 (-1.3)	-0.2 (-2.6)	0.2 (1.4)	-0.0 (-0.7)
Einnahmen	0.7 (1.9)	1.2 (6.5)	1.0 (2.7)	1.9 (9.3)
<i>Einkommens-</i> <i>steuern</i>	0.6 (2.4)	0.5 (3.1)	0.8 (2.4)	1.1 (5.2)
<i>Unternehmens-</i> <i>steuern</i>	0.0 (0.2)	0.3 (2.9)	0.0 (0.0)	0.3 (3.2)
<i>indirekte Steuern</i>	0.1 (0.4)	0.4 (3.6)	0.3 (1.6)	0.6 (6.8)

Anmerkung: Der Wert der T-Statistik ist in Klammern angegeben.

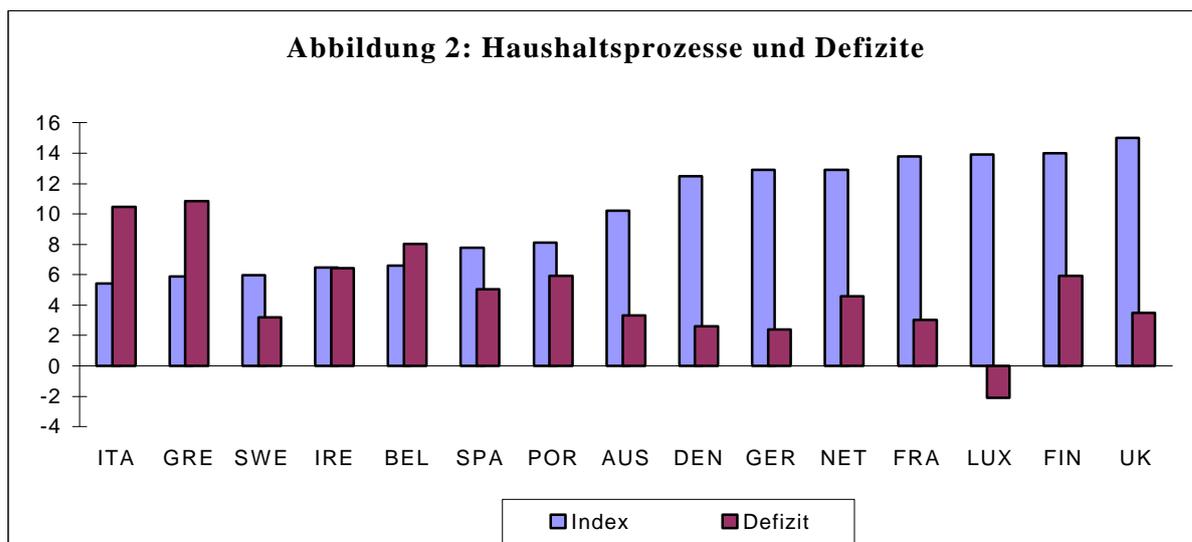
Die Mittelwerte in der Tabelle zeigen, daß der Anstieg der Ausgaben vor den erfolgreichen Konsolidierungen primär auf höhere Transfers zurückzuführen ist. Außerdem trugen Personalausgaben geringfügig zu einer Verschlechterung der Haushaltsbilanz bei. Vor den erfolglosen Stabilisierungsbemühungen sind die steigenden Transferleistungen ebenfalls die mit Abstand wichtigste Ursache des Defizitanstiegs, gefolgt von einer kleinen Erhöhung der Ausgaben für Sachleistungen. Im Gegensatz zu diesen Gemeinsamkeiten die Konsolidierungen selbst eine divergierende Struktur. Während Regierungen bei nachhaltigen Stabilisierungsbemühungen sowohl die Transferleistungen als auch die Personalausgaben reduzierten, stiegen die Transfers in den kurzlebigen Fällen sogar an. Eine

Ausgabenminderung erfolgte lediglich bei den Sachleistungen und solchen Ausgabenkategorien, die im Vorfeld nicht zum Anstieg der Defizite beigetragen haben.

Drittens ist die Grundlage für fiskalpolitische Fehlentwicklungen häufig in der Schwäche des institutionellen Gefüges zu suchen, in dem Haushaltsentscheidungen getroffen werden. Insbesondere die unvollständige Internalisierung der sozialen Kosten von Ausgabenentscheidungen und die Vermeidung kritischer Entscheidungen tragen hierzu bei. Das Problem der unvollständigen Internalisierung ist mit der Struktur moderner Finanzsysteme verbunden, die Entscheidungsträgern ermöglicht, Ausgaben einer bestimmten Zielgruppe zukommen zu lassen, gleichzeitig aber die Kosten über allgemeine Steuern auf die Gesamtheit der Bevölkerung zu verteilen. Wenn in einem Haushaltsprozeß Entscheidungsträger dominieren, deren Handeln sich am Nutzen bestimmter Regionen, Wahlbezirke oder sozialer Gruppen orientiert, kommt es zu fragmentierten Budgetentscheidungen, die die Tendenz zu übermäßigen Defiziten aufweisen. Außerdem läßt sich theoretisch durch eine dynamische Betrachtung dieser Verteilungskonstellation ableiten, daß Entscheidungsträger mit dieser Präferenzstruktur zur Verzögerung von notwendigen Entscheidungen neigen.⁵ Abhilfe schafft ein Haushaltsprozeß, der den Instanzen Entscheidungsmacht zukommen läßt, die aufgrund ihres Mandats oder ihrer Wahlbindung die gesamten Kosten der Ausgabenentscheidung internalisieren. Haushaltsverhandlungen, die durch die Zielvorgaben dieser Akteure gebunden sind oder von ihnen dominiert werden, führen demzufolge zu geringeren Defiziten.

Die Bedeutung des institutionellen Gefüges für die Budgetentscheidung und die Defizitentwicklung wird in Abbildung 2 veranschaulicht. In der Abbildung sind die durchschnittlichen Defizite in EU-Staaten zusammen mit einem institutionellen Index für den Zentralisierungsgrad des Haushaltsprozesses abgetragen. Der Wert des Index steigt mit dem Grad der Zentralisierung, das heißt mit dem Ausmaß der Entscheidungsgewalt, die Mandatsträgern mit einem umfassenden Interesse am Haushalt zukommt. Wie deutlich zu erkennen ist, weisen Staaten mit fragmentierten Budgetprozessen im Durchschnitt höhere Defizite auf als Staaten, die über zentralisierte Verhandlungs- und Implementationsstrukturen verfügen.

⁵ Siehe hierzu Velasco (1997) sowie von Hagen und Harden (1996)



Anmerkung: OECD Economic Outlook (1997), Europäische Kommission (1996) und von Hagen & Harden (1996). Die Balken geben die durchschnittlichen Defizite für den Zeitraum von 1981 bis 1995 an.

IV) EIN SCHEMA ZUR BEWERTUNG DER DAUERHAFT TRAGBAREN ÖFFENTLICHEN FINANZLAGE

In Anbetracht der oben geäußerten Kritik und der politischen Entscheidungssituation ist für das Bewertungsschema einer auf Dauer tragbaren öffentlichen Finanzlage nach Indikatoren zu suchen, die allgemein und ohne große zeitliche Verzögerung zugänglich sind und nicht auf Annahmen beruhen, die zu politisch motivierter Manipulationen oder endlosen Diskussionen führen. Diese müssen geeignet sein, den Ursachen fiskalpolitischer Fehlentwicklungen auf die Spur zu kommen. Hierzu bedarf es vor allem einer disaggregierten Sichtweise des Haushalts. Die Betrachtung des Gesamthaushalts und des Defizits reicht nicht aus, um mit ausreichender Genauigkeit die Ursachen festzustellen. Außerdem sollten die Entscheidungsprozesse, die die Fiskalpolitik beeinflussen, berücksichtigt werden.

Diese Elemente sind die Ausgangspunkte des von Perotti et al. (1998) entwickelten Bewertungsschemas, das im folgenden dargestellt wird. Den Überlegungen der Autoren zufolge müssen der Maastricht-Vertrag und die dort festgelegten Kriterien Grundlage der Bewertung sein. Auch wenn die Bedeutung und theoretische Stichhaltigkeit der Kriterien diskussionswürdig erscheint, setzen sie zunächst die politisch relevanten Entscheidungsparameter.

Deshalb nehmen die Autoren an, daß die fiskalpolitische Situation eines Landes dauerhaft tragfähig ist, wenn es die beiden Kriterien nicht verletzt. Seit Einführung der Maastricht-Kriterien gilt dies nur für Luxemburg, alle übrigen Länder haben zumindest eines der beiden Kriterien verletzt. Überschreitet ein Land zumindest einen der beiden Grenzwerte, so stellt sich die Frage, ob die öffentlichen Finanzen sich erneut in die "richtige Richtung" bewegen und ob man davon ausgehen kann, daß die Regierung die Kontrolle über die Finanzlage wiedererlangt hat.

Das heißt, der zentrale Aspekt ist hier der Prozeß der Wiedererlangung einer dauerhaft, tragfähigen Finanzpolitik. Dies läßt sich anhand von folgenden analytischen Schritten feststellen, die als Stufen der Wiedergewinnung fiskalpolitischer Kontrolle verstanden werden können:

Stufe 0: Zunächst ist zu beachten, ob sich das Defizit bzw. der Schuldenstand nach dem Überschreiten des Referenzwertes wieder den Fiskalkriterien annähern. Entsprechend des Vertrages von Maastricht ist hier das gesamte Defizit ausschlaggebend. Da eine geringfügige minimale Defizitverringern, beispielsweise um 0.1 Prozent des BIP, kaum aussagekräftig ist, erscheint es sinnvoll eine minimale Veränderung von mehr als einem halben Prozentpunkt vorauszusetzen, um eine signifikante Defizitreduktion zu bescheinigen. Erfüllt ein Land dieses Kriterium, kann man zur ersten Stufe übergehen.⁶

Stufe 1: Auf dieser Stufe des Verfahrens ist danach zu fragen, ob die Konsolidierung auf der richtigen Seite des Haushalts erreicht wurde. Bei der Analyse betrachten wir die primäre Bilanz, da eine Regierung die Zinszahlungen kurzfristig nicht beeinflussen kann. Dieses Kriterium besagt, daß die Konsolidierung auf Ausgabenkürzungen beruhen sollte, wenn der Anstieg des Defizits aus Ausgabenerhöhungen herrührte; die symmetrische Aussage gilt für die Einnahmen. Die empirische Evidenz von erfolgreichen Konsolidierungsperioden in OECD Staaten legt nahe, daß die Konsolidierungsmaßnahme zumindest ein Ausmaß von 2/3 des ursprünglichen Beitrags zur Defiziterhöhung haben sollte. Demzufolge sollte Verringerung des Defizits während der Konsolidierung zumindest zu 2/3 auf Ausgabenkürzungen beruhen, wenn der Anstieg des Defizits vollständig Ausgabensteigerungen zuzuschreiben ist. Erfüllt ein Land diesen Standard, so kann man zur folgenden Stufe übergehen.

Stufe 2: Hier wird die Fragestellung der ersten Stufe auf die einzelnen Bestandteile der Ausgaben- bzw. Einnahmenseite übertragen. Mit anderen Worten, es ist zu eruieren, ob die Konsolidierung den Bestandteil der Einnahmen und Ausgaben betrifft, der der Auslöser der "unkontrollierten" Defizitentwicklung war. Den Gepflogenheiten internationaler Statistiken folgend wäre für die Ausgaben die Unterscheidung von Investitionen, Transferleistungen, Lohnzahlungen und Sachleistungen sinnvoll. Bei den Einnahmen sind direkte Steuern auf Haushaltseinkommen von Unternehmenssteuern, Sozialversicherungsbeiträgen und indirekten Steuern zu unterscheiden. Darüber hinaus erscheint auf dieser Stufe ein Konsolidierungsbeitrag von 50%, im Gegensatz zu 2/3 für den gesamten Haushalt, eine realistische Größe. Entspricht ein Land diesem Stabilisierungsmuster, so kann man zur nächsten Stufe übergehen.

Stufe 3: Auf dieser Stufe wird danach gefragt, ob die Regierung Schritte unternommen hat, die institutionellen Schwächen, die zum Verlust einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen geführt haben, aufzudecken und zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Das Beurteilungskriterium richtet sich jetzt eher qualitativ auf die institutionellen Schwächen des

⁶ Wenn gewährleistet ist, daß die Berechnung des strukturellen Defizits nicht Gegenstand politisch motivierter Manipulation ist, kann es als sinnvoll erachtet werden, konjunkturbereinigte Daten für die Berechnung zu nehmen.

Regierungssysteme. Wenn diese zumindest identifiziert und öffentlich diskutiert werden, kann man die nächste Stufe berücksichtigen.

Stufe 4: Für diese letzte Stufe ist ausschlaggebend, ob die Regierung tatsächlich die tieferliegenden Schwächen des institutionellen Systems behoben hat. Regierungen, die Haushaltsinstitutionen und -praktiken verändern, führen grundlegende Reformen durch und bewegen sich nachhaltig in Richtung einer erneuten Kontrolle über die öffentlichen Finanzen. Der Logik des obigen Arguments entsprechend kann man davon ausgehen, daß sich ein Land wieder auf eine dauerhaft, tragfähige Finanzsituation zu bewegt, wenn es die Kriterien von Stufe 2 erfüllt. Es ist klar, daß die Kriterien, die auf der dritten und vierten Stufe angesprochen werden, qualitativer Natur sind. Außerdem benötigen institutionelle Veränderungen häufig einen längeren Zeitraum und berühren wesentlich stärker die Souveränität eines Landes, so daß es schwieriger ist, in dieser Richtung Empfehlungen und Vorgaben auszusprechen. Daher kann man die beiden letzten Kriterien auch als qualifizierende Elemente für die früheren Stufen verstehen. Das heißt, wenn ein Land das Kriterium von Stufe eins nicht aber von Stufe zwei erfüllt, jedoch institutionelle Reformen eingeleitet hat, so deutet dies auf die Nachhaltigkeit der Maßnahme hin.

V) BEWERTUNG DER AKTUELLEN SITUATION

Die Betrachtung der aktuellen Situation in den EU-Mitgliedstaaten mit Hilfe dieses Bewertungsschemas führt zu einem Bild, das von der Einschätzung der Kommission erheblich abweicht. Tabelle 2 führt diese Analyse exemplarisch für drei Länder durch.

Zunächst zeigt ein Blick auf den oberen Teil der Tabelle, daß Deutschland, Frankreich und Schweden das Haushaltsdefizite in der jüngsten Vergangenheit wieder gesenkt haben, nachdem sie den Referenzwert von drei Prozent des BIP überschritten hatte. Anzumerken ist hier, daß laut EWI die einmaligen Maßnahmen in Frankreich ca. 0.6 Prozent des BIP ausmachen. Für Deutschland erklären diese Maßnahmen 0.2 Prozentpunkte des Defizitrückgangs und statistische Anpassungen weitere 0.2 Prozentpunkte. Da die Konsolidierung in Deutschland lediglich das vergangene Haushaltsjahr betrifft und ein Gesamtvolumen von 0.7 Prozent des BIP umfaßt, nimmt Deutschland nur mit Einschränkung die 0.5 Prozent-Hürde, die als Grenzwert für eine signifikante Defizitreduktion festgelegt wurde.⁷

Der mittlere Teil der Tabelle zeigt, daß Frankreich allerdings Schwächen in Bezug auf die Struktur der Konsolidierungsmaßnahmen aufweist. Der Verfall der Haushaltsbilanz in Frankreich von 1989 bis 1994 resultierte vollständig aus steigenden Ausgaben, die nur unzureichend durch steigende Einnahmen finanziert wurden. Demgegenüber basiert die Konsolidierung in den vergangenen drei Jahren aber zu ca. 60 Prozent auf

Einnahmensteigerungen und nur zu 40 Prozent auf Ausgabenkürzungen. Insbesondere vergrößerte sich weiterhin der Anteil der Transferzahlungen am BIP, obwohl diese bereits die zentrale Ursache für die vorherigen Haushaltsprobleme bildeten. Somit erfüllt Frankreich das 2/3-Kriterium für die erste Stufe des Bewertungsschemas nicht und verbleibt auf dieser Stufe.

Demgegenüber erfüllt die schwedischen Konsolidierung nicht nur das Kriterium der ersten sondern auch das der zweiten Stufe. In Schweden waren zu Beginn der 90er Jahre vor allem die Ausgaben für die rasant ansteigenden Defizite verantwortlich. Bei der Konsolidierung ab 1995 revidierte die Regierung diesen Trend stärker als das 2/3-Kriterium verlangt. Während die Ausgaben 70 Prozent des Defizitanstiegs erklären, trugen sie zu 80 Prozent zur Konsolidierung bei. Die spürbarsten Anpassungen fielen dabei auf die Transferleistungen, die gleichzeitig auch die primäre Ursache des vorherigen Verfalls der Haushaltssituation darstellten. Auch hier ist die Konsolidierungsanstrengung wiederum stärker als nach dem Bewertungsschema erforderlich. Darüber hinaus hat Schweden in den vergangenen Jahren umfangreiche Reformen des Budgetprozesses implementiert, die eine dauerhafte Abkehr von der früheren defizitären Ausgabenpolitik erwarten lassen.⁸ Somit erreicht Schweden sogar die vierte Stufe in unserem Bewertungsschema.

Die Finanzlage in der Bundesrepublik Deutschland verlangt eine etwas ausführlichere Erläuterung. Wie aus der Tabelle hervorgeht, liegt die Ursache für die Defizitanstieg zwischen 1994 und 1996 auf der Einnahmenseite, da die Einnahmen schneller als die Ausgaben fielen und daher 1996 der Referenzwert des Vertrags von Maastricht überschritten wurde. Die Konsolidierung, die die Regierung 1997 erreichte, basiert demgegenüber auf einer Ausgabenkürzung und konzentriert sich somit nicht auf die adäquate Haushaltsseite. Bei der Bewertung dieser Entwicklung ist zu bedenken, daß erstens aufgrund der erratischen Haushaltspolitik der letzten Jahre der Beurteilung ein sehr kurzer Zeithorizont zugrunde liegt. Die Phase des Defizitaufbaus wird erst ab einem Zeitpunkt betrachtet, zu dem der Ausgaben- und Transferschub im Rahmen der Wiedervereinigung bereits erfolgt war. Eine längerfristige Betrachtung würde den Unterschied zur Periode vor der Wiedervereinigung und den quantitativ wesentlich größeren Beitrag der Ausgabensteigerungen zum Aufbau des Defizits verdeutlichen. Zweitens handelt es sich bei den zu verzeichnenden Einnahmeausfällen seit 1995 vorrangig um "tax expenditures", sprich Steuervergünstigungen, die ökonomisch mit Transferleistungen und Zuweisungen gleichzusetzen sind. Insbesondere sind hier die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in den neuen Bundesländern zu erwähnen, durch die die veranlagte Einkommensteuer und die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer einen temporären Einbruch erlitten haben. Somit zeigen diese Daten an, daß die Regierung bisher nicht genug unternommen hat, diese Form der Subventionierung durch eine adäquate Steuerreform

7 Vgl. zu den einmaligen Maßnahmen EWI (1998); für den deutschen Fall siehe DIW (1998).

8 Siehe für eine Beschreibung der Reformen Molander (1995).

aufzuheben und auszugleichen.⁹ Im Ergebnis verbleibt Deutschland auf der ersten Stufe des Bewertungsschemas.

Tabelle 3 zeigt, wie sich die Situation in den übrigen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Luxemburgs und Griechenlands darstellt. Die beiden Länder werden von der Betrachtung ausgenommen, da bei ihnen die Erfüllung beziehungsweise der Verstoß gegen die Fiskalkriterien des Maastricht Vertrages außer Frage steht. Die Bewertungen in den Ländern beruhen ausschließlich auf den Haushaltsdaten, da Angaben über institutionelle Reformen nur fragmentarisch vorliegen.¹⁰

Ausgehend von diesen Daten lassen lediglich die Konsolidierungsbemühungen in Dänemark, Finnland, Irland, Schweden und dem Vereinigten Königreich einen nachhaltigen Erfolg erwarten. Damit haben vor allem Staaten, die nicht an der ersten Runde der EWWU beteiligt sind, eine dauerhaft tragfähige Ausrichtung ihrer öffentlichen Finanzen eingeschlagen. Die Konsolidierung Österreichs erfolgte zwar auf der adäquaten Haushaltsseite, reduzierte aber nicht in ausreichender Weise die Transferzahlungen, die Ursache des übermäßigen Defizits. Die übrigen Staaten weisen zwar alle eine Verringerung des Defizits auf, die Struktur der Konsolidierungsbemühungen läßt allerdings nicht deren Nachhaltigkeit erkennen, da nur in unzureichender Weise die Ursache der mangelhaften Kontrolle über die öffentliche Finanzlage bekämpft wurde.

⁹ Siehe hierzu Deutsche Bundesbank (1997), DIW (1998) und Scharrer et al. (1998)

¹⁰ Die Berücksichtigung könnte zu einer Umgruppierung von Belgien führen (siehe Stienlet 1998). Außerdem würde Schweden, wie oben ausgeführt, die vierte Stufe erreichen.

Tabelle 2: Konsolidierungen in den 90er Jahren

	Beginn der Konsolidierung	Veränderung des Defizits bis 1997	Bewertung
Stufe 0			
Deutschland	1996	-0.7	(✓)
Frankreich	1994	-2.8	✓
Schweden	1993	-11.4	✓

	Beitrag zur Veränderung des Defizits		Bewertung
	Verfall	Konsolidierung	
		tatsächlich	erforderlich
Stufe 1			
Deutschland	(1994-96)	(1997)	
Einnahmen	2.2	-0.6	1.5
prim. Ausgaben	-1.2	1.6	-0.8
Frankreich	(1989-94)	(1995-97)	
Einnahmen	-0.1	0.6	-0.1
prim. Ausgaben	1.1	0.4	0.8
Schweden	(1989-93)	(1994-97)	✓
Einnahmen	0.3	0.2	0.2
prim. Ausgaben	0.7	0.8	0.5
Stufe 2			
Schweden	(1989-93)	(1994-97)	✓
<i>direkte Steuern</i>	0.4	0.2	0.2
<i>indirekte Steuern</i>	0.0	0.1	0.0
<i>Sozialvers.beiträge</i>	0.1	0.1	0.0
<i>Transferleistungen</i>	0.4	0.3	0.2
<i>Verbrauch</i>	0.1	0.2	0.1
<i>Personal</i>	0.1	0.1	0.0
<i>Sachleistunge</i>	0.0	-0.1	0.0
<i>Investitionen</i>	-0.1	-0.1	0.0

Statistische Quelle: Europäische Kommission (1998c)

Tabelle 3: Bewertung der Konsolidierungsbemühungen in europäischen Ländern

Land (Konsolidierungszeitraum)	Entwicklung des Defizites	wichtigste Ursache des Defizitanstiegs	Konsolidierungsbemühung	Ausmaß der Konsolidierungsbemühungen	Stufe
Dänemark (1994-1997)	fallend	Ausgaben Transfers –	Ausgaben	ausreichend	>2
Finnland (1993-1997)	fallend	Ausgaben Transfers –	Ausgaben	ausreichend	>2
Irland (1993-1997)	fallend	Ausgaben	Ausgaben	ausreichend	>2
Schweden (1993-1997)	fallend	Ausgaben und Einnahmen	Ausgaben und Einnahmen	ausreichend	>2
Vereinigtes Königreich (1993-1997)	fallend	Ausgaben und Einnahmen	Ausgaben und Einnahmen	ausreichend	>2
Österreich (1995-1997)	fallend	Ausgaben Transfers –	Einnahmen und Ausgaben	unzureichend	2
Belgien (1993-1997)	fallend	Ausgaben Transfers und Löhne –	Ausgaben und Einnahmen	unzureichend	1
Deutschland (1996-1997)	fallend	Einnahmen	Ausgaben	unzureichend	1
Frankreich (1994-1997)	fallend	Ausgaben Transfers –	Einnahmen und Ausgaben	unzureichend	1
Italien (1990-1997)	fallend	Ausgaben	Einnahmen und Ausgaben	unzureichend	1
Niederlande (1995-1997)	fallend	Einnahmen	Einnahmen und Ausgaben	unzureichend	1
Portugal (1993-1997)	fallend	Ausgaben und Einnahmen	Einnahmen	unzureichend	1
Spanien (1995-1997)	fallend	Einnahmen	Einnahmen und Ausgaben	unzureichend	1

Statistische Quelle: Europäische Kommission (1998c)

VI) SCHLUßBEMERKUNG

Unsere Bewertung der Konsolidierungsbemühungen weist darauf hin, daß in den meisten Ländern der EWWU weitere Anstrengungen notwendig sind, um eine dauerhaft stabile Finanzlage zu gewährleisten.

Die Beurteilung der nationalen Finanzpolitik der EWWU-Staaten muß in der Zukunft über die in den Konvergenzberichten verwendeten Kriterien hinausgehen. Anstatt ausschließlich auf den Gesamthaushalt zu achten, sollte sie eine detaillierte Analyse der Ursachen überhöhter Defizite einschließen und Verbesserungen bis hin zu institutionellen Reformen einfordern. Dies mag als zu weitgehende Forderung erscheinen, zumal wenn es um Reformen der politischen und wirtschaftlichen Strukturen eines Landes geht.¹¹ Wenn die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eine wichtige Voraussetzung der Währungsunion darstellt, muß jedoch die Union letztlich das Recht haben, die notwendigen Bedingungen hierfür zu verlangen.

¹¹ Allerdings ist dies nicht als vollkommen undurchführbar abzuweisen, da der Europäische Rat bereits Empfehlungen in diese Richtung erlassen hat. Der Europäische Rat forderte im Juli 1997 Italien auf, eine Reform des Gesundheitswesens durchzuführen (siehe Pressemitteilung vom 7.7.97, EC 9636/97).

LITERATURVERZEICHNIS

Deutsche Bundesbank (1997) Neuere Entwicklungen der Steuereinnahmen, in: Monatsberichte (August 97), S.83-104

Deutsche Bundesbank (1998) Stellungnahme des Zentralbankrates zur Konvergenzlage in der Europäischen Union im Hinblick auf die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. in Monatsbericht (April 98), S. 17-40

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998) Entwicklung des Staatsdefizits im Jahre 1997 – Ein (notwendiger) Blick zurück. in: Wochenbericht (25/98)

Europäische Kommission (1996) 1996 Broad Economic Policy Guidelines, European Economy Nr. 62. Brüssel: EC

Europäische Kommission (1998a) Euro 1999: Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlungen für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in: EU Nachrichten – Documentation, Nr. 3 (März 98)

Europäische Kommission (1998b) Euro 1999: Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlungen für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, Teil 2 – Bericht. Brüssel: EC

Europäische Kommission (1998c) General Government Data. Brüssel: EC-DGII

Europäisches Währungsinstitut (1998) Konvergenzbericht – Nach Artikel 109j des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgeschriebener Bericht. Frankfurt a.M.: EWI

Organisation of Economic Co-operation and Development (1997) Economic Outlook. Paris: OECD

von Hagen, Jürgen and Ian Harden (1996) Budget Processes and Commitment to Fiscal Discipline. IMF Working Paper

Molander, Per (1995) Reevaluating the Swedish Budget Process – 1996, Swedish Ministry of Finance, Manuskript

Perotti, Roberto; Rolf Strauch und Jürgen von Hagen (1998) Sustainability of Public Finances. London, Bonn: CEPR/ZEI

Scharrer, Hans-Eckart; Eckhardt Wohlers; Günter Weinert; Jörg Hinze; Henry Krägenau; Wolfgang Wetter und Diana Winkler-Büttern (1998) Nachhaltigkeit: Beurteilung der Konvergenz ausgewählter Mitgliedsstaaten im Vorfeld der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Hamburg: HWWA, Report Nr. 179

Stienlet, Georges (1998) Institutional Reforms and Belgian Fiscal Policy in the 90s. Beitrag zum Workshop "Institutions, Politics and Fiscal Policy" in Bonn, Juli 1998

Velasco, Andrés(1997) A Model of Endogenous Fiscal Deficits and Delayed Fiscal Reforms. Beitrag zur NBER/ZEI Konferenz "Budgetary Institutions and Fiscal Policy" in Bonn, Juni 1997

2008		
B01-08	Euro-Diplomatie durch gemeinsame „Wirtschaftsregierung“	<i>Martin Seidel</i>
2007		
B03-07	Löhne und Steuern im Systemwettbewerb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	<i>Martin Seidel</i>
B02-07	Konsolidierung und Reform der Europäischen Union	<i>Martin Seidel</i>
B01-07	The Ratification of European Treaties - Legal and Constitutional Basis of a European Referendum.	<i>Martin Seidel</i>
2006		
B03-06	Financial Frictions, Capital Reallocation, and Aggregate Fluctuations	<i>Jürgen von Hagen, Haiping Zhang</i>
B02-06	Financial Openness and Macroeconomic Volatility	<i>Jürgen von Hagen, Haiping Zhang</i>
B01-06	A Welfare Analysis of Capital Account Liberalization	<i>Jürgen von Hagen, Haiping Zhang</i>
2005		
B11-05	Das Kompetenz- und Entscheidungssystem des Vertrages von Rom im Wandel seiner Funktion und Verfassung	<i>Martin Seidel</i>
B10-05	Die Schutzklauseln der Beitrittsverträge	<i>Martin Seidel</i>
B09-05	Measuring Tax Burdens in Europe	<i>Guntram B. Wolff</i>
B08-05	Remittances as Investment in the Absence of Altruism	<i>Gabriel González-König</i>
B07-05	Economic Integration in a Multicore World?	<i>Christian Volpe Martinicus, Jennifer Pédussel Wu</i>
B06-05	Banking Sector (Under?)Development in Central and Eastern Europe	<i>Jürgen von Hagen, Valeriya Dinger</i>
B05-05	Regulatory Standards Can Lead to Predation	<i>Stefan Lutz</i>
B04-05	Währungspolitik als Sozialpolitik	<i>Martin Seidel</i>
B03-05	Public Education in an Integrated Europe: Studying to Migrate and Teaching to Stay?	<i>Panu Poutvaara</i>
B02-05	Voice of the Diaspora: An Analysis of Migrant Voting Behavior	<i>Jan Fidrmuc, Orla Doyle</i>
B01-05	Macroeconomic Adjustment in the New EU Member States	<i>Jürgen von Hagen, Iulia Traistaru</i>
2004		
B33-04	The Effects of Transition and Political Instability On Foreign Direct Investment Inflows: Central Europe and the Balkans	<i>Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Tanner M. Yigit</i>
B32-04	The Choice of Exchange Rate Regimes in Developing Countries: A Multinomial Panel Analysis	<i>Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou</i>
B31-04	Fear of Floating and Fear of Pegging: An Empirical Analysis of De Facto Exchange Rate Regimes in Developing Countries	<i>Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou</i>
B30-04	Der Vollzug von Gemeinschaftsrecht über die Mitgliedstaaten und seine Rolle für die EU und den Beitrittsprozess	<i>Martin Seidel</i>
B29-04	Deutschlands Wirtschaft, seine Schulden und die Unzulänglichkeiten der einheitlichen Geldpolitik im Eurosystem	<i>Dieter Spethmann, Otto Steiger</i>
B28-04	Fiscal Crises in U.S. Cities: Structural and Non-structural Causes	<i>Guntram B. Wolff</i>
B27-04	Firm Performance and Privatization in Ukraine	<i>Galyna Grygorenko, Stefan Lutz</i>
B26-04	Analyzing Trade Opening in Ukraine: Effects of a Customs Union with the EU	<i>Oksana Harbuzyuk, Stefan Lutz</i>
B25-04	Exchange Rate Risk and Convergence to the Euro	<i>Lucjan T. Orlowski</i>
B24-04	The Endogeneity of Money and the Eurosystem	<i>Otto Steiger</i>
B23-04	Which Lender of Last Resort for the Eurosystem?	<i>Otto Steiger</i>
B22-04	Non-Discretionary Monetary Policy: The Answer for Transition Economies?	<i>Elham-Mafi Kreft, Steven F. Kreft</i>
B21-04	The Effectiveness of Subsidies Revisited: Accounting for Wage and Employment Effects in Business R+D	<i>Volker Reinthaler, Guntram B. Wolff</i>
B20-04	Money Market Pressure and the Determinants of Banking Crises	<i>Jürgen von Hagen, Tai-kuang Ho</i>
B19-04	Die Stellung der Europäischen Zentralbank nach dem Verfassungsvertrag	<i>Martin Seidel</i>

B18-04	Transmission Channels of Business Cycles Synchronization in an Enlarged EMU	<i>Iulia Traistaru</i>
B17-04	Foreign Exchange Regime, the Real Exchange Rate and Current Account Sustainability: The Case of Turkey	<i>Sübidey Togan, Hasan Ersel</i>
B16-04	Does It Matter Where Immigrants Work? Traded Goods, Non-traded Goods, and Sector Specific Employment	<i>Harry P. Bowen, Jennifer Pédussel Wu</i>
B15-04	Do Economic Integration and Fiscal Competition Help to Explain Local Patterns?	<i>Christian Volpe Martincus</i>
B14-04	Euro Adoption and Maastricht Criteria: Rules or Discretion?	<i>Jiri Jonas</i>
B13-04	The Role of Electoral and Party Systems in the Development of Fiscal Institutions in the Central and Eastern European Countries	<i>Sami Yläoutinen</i>
B12-04	Measuring and Explaining Levels of Regional Economic Integration	<i>Jennifer Pédussel Wu</i>
B11-04	Economic Integration and Location of Manufacturing Activities: Evidence from MERCOSUR	<i>Pablo Sanguinetti, Iulia Traistaru, Christian Volpe Martincus</i>
B10-04	Economic Integration and Industry Location in Transition Countries	<i>Laura Resmini</i>
B09-04	Testing Creditor Moral Hazard in Sovereign Bond Markets: A Unified Theoretical Approach and Empirical Evidence	<i>Ayse Y. Evrensel, Ali M. Kutan</i>
B08-04	European Integration, Productivity Growth and Real Convergence	<i>Taner M. Yigit, Ali M. Kutan</i>
B07-04	The Contribution of Income, Social Capital, and Institutions to Human Well-being in Africa	<i>Mina Baliamoune-Lutz, Stefan H. Lutz</i>
B06-04	Rural Urban Inequality in Africa: A Panel Study of the Effects of Trade Liberalization and Financial Deepening	<i>Mina Baliamoune-Lutz, Stefan H. Lutz</i>
B05-04	Money Rules for the Eurozone Candidate Countries	<i>Lucjan T. Orłowski</i>
B04-04	Who is in Favor of Enlargement? Determinants of Support for EU Membership in the Candidate Countries' Referenda	<i>Orla Doyle, Jan Fidrmuc</i>
B03-04	Over- and Underbidding in Central Bank Open Market Operations Conducted as Fixed Rate Tender	<i>Ulrich Bindseil</i>
B02-04	Total Factor Productivity and Economic Freedom Implications for EU Enlargement	<i>Ronald L. Moomaw, Euy Seok Yang</i>
B01-04	Die neuen Schutzklauseln der Artikel 38 und 39 des Beitrittsvertrages: Schutz der alten Mitgliedstaaten vor Störungen durch die neuen Mitgliedstaaten	<i>Martin Seidel</i>
2003		
B29-03	Macroeconomic Implications of Low Inflation in the Euro Area	<i>Jürgen von Hagen, Boris Hofmann</i>
B28-03	The Effects of Transition and Political Instability on Foreign Direct Investment: Central Europe and the Balkans	<i>Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Taner M. Yigit</i>
B27-03	The Performance of the Euribor Futures Market: Efficiency and the Impact of ECB Policy Announcements (Electronic Version of International Finance)	<i>Kerstin Bernoth, Juergen von Hagen</i>
B26-03	Sovereign Risk Premia in the European Government Bond Market (überarbeitete Version zum Herunterladen)	<i>Kerstin Bernoth, Juergen von Hagen, Ludger Schulknecht</i>
B25-03	How Flexible are Wages in EU Accession Countries?	<i>Anna Iara, Iulia Traistaru</i>
B24-03	Monetary Policy Reaction Functions: ECB versus Bundesbank	<i>Bernd Hayo, Boris Hofmann</i>
B23-03	Economic Integration and Manufacturing Concentration Patterns: Evidence from Mercosur	<i>Iulia Traistaru, Christian Volpe Martincus</i>
B22-03	Reformzwänge innerhalb der EU angesichts der Osterweiterung	<i>Martin Seidel</i>
B21-03	Reputation Flows: Contractual Disputes and the Channels for Inter-Firm Communication	<i>William Pyle</i>
B20-03	Urban Primacy, Gigantism, and International Trade: Evidence from Asia and the Americas	<i>Ronald L. Moomaw, Mohammed A. Alwosabi</i>
B19-03	An Empirical Analysis of Competing Explanations of Urban Primacy Evidence from Asia and the Americas	<i>Ronald L. Moomaw, Mohammed A. Alwosabi</i>

B18-03	The Effects of Regional and Industry-Wide FDI Spillovers on Export of Ukrainian Firms	<i>Stefan H. Lutz, Oleksandr Talavera, Sang-Min Park</i>
B17-03	Determinants of Inter-Regional Migration in the Baltic States	<i>Mihails Hazans</i>
B16-03	South-East Europe: Economic Performance, Perspectives, and Policy Challenges	<i>Iulia Traistaru, Jürgen von Hagen</i>
B15-03	Employed and Unemployed Search: The Marginal Willingness to Pay for Attributes in Lithuania, the US and the Netherlands	<i>Jos van Ommeren, Mihails Hazans</i>
B14-03	FCIs and Economic Activity: Some International Evidence	<i>Charles Goodhart, Boris Hofmann</i>
B13-03	The IS Curve and the Transmission of Monetary Policy: Is there a Puzzle?	<i>Charles Goodhart, Boris Hofmann</i>
B12-03	What Makes Regions in Eastern Europe Catching Up? The Role of Foreign Investment, Human Resources, and Geography	<i>Gabriele Tondl, Goran Vuksic</i>
B11-03	Die Weisungs- und Herrschaftsmacht der Europäischen Zentralbank im europäischen System der Zentralbanken - eine rechtliche Analyse	<i>Martin Seidel</i>
B10-03	Foreign Direct Investment and Perceptions of Vulnerability to Foreign Exchange Crises: Evidence from Transition Economies	<i>Josef C. Brada, Vladimír Tomsík</i>
B09-03	The European Central Bank and the Eurosystem: An Analysis of the Missing Central Monetary Institution in European Monetary Union	<i>Gunnar Heinsohn, Otto Steiger</i>
B08-03	The Determination of Capital Controls: Which Role Do Exchange Rate Regimes Play?	<i>Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou</i>
B07-03	Nach Nizza und Stockholm: Stand des Binnenmarktes und Prioritäten für die Zukunft	<i>Martin Seidel</i>
B06-03	Fiscal Discipline and Growth in Euroland. Experiences with the Stability and Growth Pact	<i>Jürgen von Hagen</i>
B05-03	Reconsidering the Evidence: Are Eurozone Business Cycles Converging?	<i>Michael Massmann, James Mitchell</i>
B04-03	Do Ukrainian Firms Benefit from FDI?	<i>Stefan H. Lutz, Oleksandr Talavera</i>
B03-03	Europäische Steuerkoordination und die Schweiz	<i>Stefan H. Lutz</i>
B02-03	Commuting in the Baltic States: Patterns, Determinants, and Gains	<i>Mihails Hazans</i>
B01-03	Die Wirtschafts- und Währungsunion im rechtlichen und politischen Gefüge der Europäischen Union	<i>Martin Seidel</i>
2002		
B30-02	An Adverse Selection Model of Optimal Unemployment Assurance	<i>Marcus Hagedorn, Ashok Kaul, Tim Mennel</i>
B29B-02	Trade Agreements as Self-protection	<i>Jennifer Pédussel Wu</i>
B29A-02	Growth and Business Cycles with Imperfect Credit Markets	<i>Debajyoti Chakrabarty</i>
B28-02	Inequality, Politics and Economic Growth	<i>Debajyoti Chakrabarty</i>
B27-02	Poverty Traps and Growth in a Model of Endogenous Time Preference	<i>Debajyoti Chakrabarty</i>
B26-02	Monetary Convergence and Risk Premiums in the EU Candidate Countries	<i>Lucjan T. Orlowski</i>
B25-02	Trade Policy: Institutional Vs. Economic Factors	<i>Stefan Lutz</i>
B24-02	The Effects of Quotas on Vertical Intra-industry Trade	<i>Stefan Lutz</i>
B23-02	Legal Aspects of European Economic and Monetary Union	<i>Martin Seidel</i>
B22-02	Der Staat als Lender of Last Resort - oder: Die Achillesverse des Eurosystems	<i>Otto Steiger</i>
B21-02	Nominal and Real Stochastic Convergence Within the Transition Economies and to the European Union: Evidence from Panel Data	<i>Ali M. Kutan, Taner M. Yigit</i>
B20-02	The Impact of News, Oil Prices, and International Spillovers on Russian Financial Markets	<i>Bernd Hayo, Ali M. Kutan</i>

B19-02	East Germany: Transition with Unification, Experiments and Experiences	<i>Jürgen von Hagen, Rolf R. Strauch, Guntram B. Wolff</i>
B18-02	Regional Specialization and Employment Dynamics in Transition Countries	<i>Iulia Traistaru, Guntram B. Wolff</i>
B17-02	Specialization and Growth Patterns in Border Regions of Accession Countries	<i>Laura Resmini</i>
B16-02	Regional Specialization and Concentration of Industrial Activity in Accession Countries	<i>Iulia Traistaru, Peter Nijkamp, Simonetta Longhi</i>
B15-02	Does Broad Money Matter for Interest Rate Policy?	<i>Matthias Brückner, Andreas Schaber</i>
B14-02	The Long and Short of It: Global Liberalization, Poverty and Inequality	<i>Christian E. Weller, Adam Hersch</i>
B13-02	De Facto and Official Exchange Rate Regimes in Transition Economies	<i>Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou</i>
B12-02	Argentina: The Anatomy of A Crisis	<i>Jiri Jonas</i>
B11-02	The Eurosystem and the Art of Central Banking	<i>Gunnar Heinsohn, Otto Steiger</i>
B10-02	National Origins of European Law: Towards an Autonomous System of European Law?	<i>Martin Seidel</i>
B09-02	Monetary Policy in the Euro Area - Lessons from the First Years	<i>Volker Clausen, Bernd Hayo</i>
B08-02	Has the Link Between the Spot and Forward Exchange Rates Broken Down? Evidence From Rolling Cointegration Tests	<i>Ali M. Kutan, Su Zhou</i>
B07-02	Perspektiven der Erweiterung der Europäischen Union	<i>Martin Seidel</i>
B06-02	Is There Asymmetry in Forward Exchange Rate Bias? Multi-Country Evidence	<i>Su Zhou, Ali M. Kutan</i>
B05-02	Real and Monetary Convergence Within the European Union and Between the European Union and Candidate Countries: A Rolling Cointegration Approach	<i>Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Su Zhou</i>
B04-02	Asymmetric Monetary Policy Effects in EMU	<i>Volker Clausen, Bernd Hayo</i>
B03-02	The Choice of Exchange Rate Regimes: An Empirical Analysis for Transition Economies	<i>Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou</i>
B02-02	The Euro System and the Federal Reserve System Compared: Facts and Challenges	<i>Karlheinz Ruckriegel, Franz Seitz</i>
B01-02	Does Inflation Targeting Matter?	<i>Manfred J. M. Neumann, Jürgen von Hagen</i>
2001		
B29-01	Is Kazakhstan Vulnerable to the Dutch Disease?	<i>Karlygash Kuralbayeva, Ali M. Kutan, Michael L. Wyzan</i>
B28-01	Political Economy of the Nice Treaty: Rebalancing the EU Council. The Future of European Agricultural Policies	<i>Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum</i>
B27-01	Investor Panic, IMF Actions, and Emerging Stock Market Returns and Volatility: A Panel Investigation	<i>Bernd Hayo, Ali M. Kutan</i>
B26-01	Regional Effects of Terrorism on Tourism: Evidence from Three Mediterranean Countries	<i>Konstantinos Drakos, Ali M. Kutan</i>
B25-01	Monetary Convergence of the EU Candidates to the Euro: A Theoretical Framework and Policy Implications	<i>Lucjan T. Orłowski</i>
B24-01	Disintegration and Trade	<i>Jarko and Jan Fidrmuc</i>
B23-01	Migration and Adjustment to Shocks in Transition Economies	<i>Jan Fidrmuc</i>
B22-01	Strategic Delegation and International Capital Taxation	<i>Matthias Brückner</i>
B21-01	Balkan and Mediterranean Candidates for European Union Membership: The Convergence of Their Monetary Policy With That of the European Central Bank	<i>Josef C. Brada, Ali M. Kutan</i>
B20-01	An Empirical Inquiry of the Efficiency of Intergovernmental Transfers for Water Projects Based on the WRDA Data	<i>Anna Rubinchik-Pessach</i>
B19-01	Detrending and the Money-Output Link: International Evidence	<i>R.W. Hafer, Ali M. Kutan</i>

B18-01	Monetary Policy in Unknown Territory. The European Central Bank in the Early Years	<i>Jürgen von Hagen, Matthias Brückner</i>
B17-01	Executive Authority, the Personal Vote, and Budget Discipline in Latin American and Caribbean Countries	<i>Mark Hallerberg, Patrick Marier</i>
B16-01	Sources of Inflation and Output Fluctuations in Poland and Hungary: Implications for Full Membership in the European Union	<i>Selahattin Dibooglu, Ali M. Kutan</i>
B15-01	Programs Without Alternative: Public Pensions in the OECD	<i>Christian E. Weller</i>
B14-01	Formal Fiscal Restraints and Budget Processes As Solutions to a Deficit and Spending Bias in Public Finances - U.S. Experience and Possible Lessons for EMU	<i>Rolf R. Strauch, Jürgen von Hagen</i>
B13-01	German Public Finances: Recent Experiences and Future Challenges	<i>Jürgen von Hagen, Rolf R. Strauch</i>
B12-01	The Impact of Eastern Enlargement On EU-Labour Markets. Pensions Reform Between Economic and Political Problems	<i>Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum</i>
B11-01	Inflationary Performance in a Monetary Union With Large Wage Setters	<i>Lilia Cavallar</i>
B10-01	Integration of the Baltic States into the EU and Institutions of Fiscal Convergence: A Critical Evaluation of Key Issues and Empirical Evidence	<i>Ali M. Kutan, Niina Pautola-Mol</i>
B09-01	Democracy in Transition Economies: Grease or Sand in the Wheels of Growth?	<i>Jan Fidrmuc</i>
B08-01	The Functioning of Economic Policy Coordination	<i>Jürgen von Hagen, Susanne Mundschenk</i>
B07-01	The Convergence of Monetary Policy Between Candidate Countries and the European Union	<i>Josef C. Brada, Ali M. Kutan</i>
B06-01	Opposites Attract: The Case of Greek and Turkish Financial Markets	<i>Konstantinos Drakos, Ali M. Kutan</i>
B05-01	Trade Rules and Global Governance: A Long Term Agenda. The Future of Banking.	<i>Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum</i>
B04-01	The Determination of Unemployment Benefits	<i>Rafael di Tella, Robert J. McCulloch</i>
B03-01	Preferences Over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness	<i>Rafael di Tella, Robert J. McCulloch, Andrew J. Oswald</i>
B02-01	The Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy at Thirty	<i>Michele Fratianni, Jürgen von Hagen</i>
B01-01	Divided Boards: Partisanship Through Delegated Monetary Policy	<i>Etienne Farvaque, Gael Lagadec</i>
2000		
B20-00	Breakin-up a Nation, From the Inside	<i>Etienne Farvaque</i>
B19-00	Income Dynamics and Stability in the Transition Process, general Reflections applied to the Czech Republic	<i>Jens Hölscher</i>
B18-00	Budget Processes: Theory and Experimental Evidence	<i>Karl-Martin Ehrhart, Roy Gardner, Jürgen von Hagen, Claudia Keser</i>
B17-00	Rückführung der Landwirtschaftspolitik in die Verantwortung der Mitgliedsstaaten? - Rechts- und Verfassungsfragen des Gemeinschaftsrechts	<i>Martin Seidel</i>
B16-00	The European Central Bank: Independence and Accountability	<i>Christa Randzio-Plath, Tomasso Padoa-Schioppa</i>
B15-00	Regional Risk Sharing and Redistribution in the German Federation	<i>Jürgen von Hagen, Ralf Hepp</i>
B14-00	Sources of Real Exchange Rate Fluctuations in Transition Economies: The Case of Poland and Hungary	<i>Selahattin Dibooglu, Ali M. Kutan</i>
B13-00	Back to the Future: The Growth Prospects of Transition Economies Reconsidered	<i>Nauro F. Campos</i>

B12-00	Rechtsetzung und Rechtsangleichung als Folge der Einheitlichen Europäischen Wahrung	<i>Martin Seidel</i>
B11-00	A Dynamic Approach to Inflation Targeting in Transition Economies	<i>Lucjan T. Orłowski</i>
B10-00	The Importance of Domestic Political Institutions: Why and How Belgium Qualified for EMU	<i>Marc Hallerberg</i>
B09-00	Rational Institutions Yield Hysteresis	<i>Rafael Di Tella, Robert MacCulloch</i>
B08-00	The Effectiveness of Self-Protection Policies for Safeguarding Emerging Market Economies from Crises	<i>Kenneth Kletzer</i>
B07-00	Financial Supervision and Policy Coordination in The EMU	<i>Deutsch-Franzosisches Wirtschaftspolitisches Forum</i>
B06-00	The Demand for Money in Austria	<i>Bernd Hayo</i>
B05-00	Liberalization, Democracy and Economic Performance during Transition	<i>Jan Fidrmuc</i>
B04-00	A New Political Culture in The EU - Democratic Accountability of the ECB	<i>Christa Randzio-Plath</i>
B03-00	Integration, Disintegration and Trade in Europe: Evolution of Trade Relations during the 1990's	<i>Jarko Fidrmuc, Jan Fidrmuc</i>
B02-00	Inflation Bias and Productivity Shocks in Transition Economies: The Case of the Czech Republic	<i>Josef C. Brada, Arthur E. King, Ali M. Kutan</i>
B01-00	Monetary Union and Fiscal Federalism	<i>Kenneth Kletzer, Jurgen von Hagen</i>
1999		
B26-99	Skills, Labour Costs, and Vertically Differentiated Industries: A General Equilibrium Analysis	<i>Stefan Lutz, Alessandro Turrini</i>
B25-99	Micro and Macro Determinants of Public Support for Market Reforms in Eastern Europe	<i>Bernd Hayo</i>
B24-99	What Makes a Revolution?	<i>Robert MacCulloch</i>
B23-99	Informal Family Insurance and the Design of the Welfare State	<i>Rafael Di Tella, Robert MacCulloch</i>
B22-99	Partisan Social Happiness	<i>Rafael Di Tella, Robert MacCulloch</i>
B21-99	The End of Moderate Inflation in Three Transition Economies?	<i>Josef C. Brada, Ali M. Kutan</i>
B20-99	Subnational Government Bailouts in Germany	<i>Helmut Seitz</i>
B19-99	The Evolution of Monetary Policy in Transition Economies	<i>Ali M. Kutan, Josef C. Brada</i>
B18-99	Why are Eastern Europe's Banks not failing when everybody else's are?	<i>Christian E. Weller, Bernard Morzuch</i>
B17-99	Stability of Monetary Unions: Lessons from the Break-Up of Czechoslovakia	<i>Jan Fidrmuc, Julius Horvath and Jarko Fidrmuc</i>
B16-99	Multinational Banks and Development Finance	<i>Christian E. Weller and Mark J. Scher</i>
B15-99	Financial Crises after Financial Liberalization: Exceptional Circumstances or Structural Weakness?	<i>Christian E. Weller</i>
B14-99	Industry Effects of Monetary Policy in Germany	<i>Bernd Hayo and Birgit Uhlenbrock</i>
B13-99	Financial Fragility or What Went Right and What Could Go Wrong in Central European Banking?	<i>Christian E. Weller and Jurgen von Hagen</i>
B12-99	Size Distortions of Tests of the Null Hypothesis of Stationarity: Evidence and Implications for Applied Work	<i>Mehmet Caner and Lutz Kilian</i>
B11-99	Financial Supervision and Policy Coordination in the EMU	<i>Deutsch-Franzosisches Wirtschaftspolitisches Forum</i>
B10-99	Financial Liberalization, Multinational Banks and Credit Supply: The Case of Poland	<i>Christian Weller</i>
B09-99	Monetary Policy, Parameter Uncertainty and Optimal Learning	<i>Volker Wieland</i>
B08-99	The Connection between more Multinational Banks and less Real Credit in Transition Economies	<i>Christian Weller</i>

- B07-99 **Comovement and Catch-up in Productivity across Sectors: Evidence from the OECD** *Christopher M. Cornwell and Jens-Uwe Wächter*
- B06-99 **Productivity Convergence and Economic Growth: A Frontier Production Function Approach** *Christopher M. Cornwell and Jens-Uwe Wächter*
- B05-99 **Tumbling Giant: Germany's Experience with the Maastricht Fiscal Criteria** *Jürgen von Hagen and Rolf Strauch*
- B04-99 **The Finance-Investment Link in a Transition Economy: Evidence for Poland from Panel Data** *Christian Weller*
- B03-99 **The Macroeconomics of Happiness** *Rafael Di Tella, Robert McCulloch and Andrew J. Oswald*
- B02-99 **The Consequences of Labour Market Flexibility: Panel Evidence Based on Survey Data** *Rafael Di Tella and Robert McCulloch*
- B01-99 **The Excess Volatility of Foreign Exchange Rates: Statistical Puzzle or Theoretical Artifact?** *Robert B.H. Hauswald*
- 1998**
- B16-98 **Labour Market + Tax Policy in the EMU** *Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
- B15-98 **Can Taxing Foreign Competition Harm the Domestic Industry?** *Stefan Lutz*
- B14-98 **Free Trade and Arms Races: Some Thoughts Regarding EU-Russian Trade** *Rafael Reuveny and John Maxwell*
- B13-98 **Fiscal Policy and Intranational Risk-Sharing** *Jürgen von Hagen*
- B12-98 **Price Stability and Monetary Policy Effectiveness when Nominal Interest Rates are Bounded at Zero** *Athanasios Orphanides and Volker Wieland*
- B11A-98 **Die Bewertung der "dauerhaft tragbaren öffentlichen Finanzlage" der EU Mitgliedstaaten beim Übergang zur dritten Stufe der EWWU** *Rolf Strauch*
- B11-98 **Exchange Rate Regimes in the Transition Economies: Case Study of the Czech Republic: 1990-1997** *Julius Horvath and Jiri Jonas*
- B10-98 **Der Wettbewerb der Rechts- und politischen Systeme in der Europäischen Union** *Martin Seidel*
- B09-98 **U.S. Monetary Policy and Monetary Policy and the ESCB** *Robert L. Hetzel*
- B08-98 **Money-Output Granger Causality Revisited: An Empirical Analysis of EU Countries (überarbeitete Version zum Herunterladen)** *Bernd Hayo*
- B07-98 **Designing Voluntary Environmental Agreements in Europe: Some Lessons from the U.S. EPA's 33/50 Program** *John W. Maxwell*
- B06-98 **Monetary Union, Asymmetric Productivity Shocks and Fiscal Insurance: an Analytical Discussion of Welfare Issues** *Kenneth Kletzer*
- B05-98 **Estimating a European Demand for Money (überarbeitete Version zum Herunterladen)** *Bernd Hayo*
- B04-98 **The EMU's Exchange Rate Policy** *Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
- B03-98 **Central Bank Policy in a More Perfect Financial System** *Jürgen von Hagen / Ingo Fender*
- B02-98 **Trade with Low-Wage Countries and Wage Inequality** *Jaleel Ahmad*
- B01-98 **Budgeting Institutions for Aggregate Fiscal Discipline** *Jürgen von Hagen*
- 1997**
- B04-97 **Macroeconomic Stabilization with a Common Currency: Does European Monetary Unification Create a Need for Fiscal Insurance or Federalism?** *Kenneth Kletzer*
- B-03-97 **Liberalising European Markets for Energy and Telecommunications: Some Lessons from the US Electric Utility Industry** *Tom Lyon / John Mayo*
- B02-97 **Employment and EMU** *Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
- B01-97 **A Stability Pact for Europe** *(a Forum organized by ZEI)*

ISSN 1436 - 6053

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Strasse 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1732
Fax: +49-228-73-1809
www.zei.de